

Dr. Ute Scheub

Input für das GWI-Fachgespräch Zivile Konfliktbearbeitung

Wo herrscht der dringendste Handlungsbedarf?

Das Konzept der der Zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung muss endlich ernst genommen werden! Deutschland ist dafür im Prinzip gut aufgestellt, weil es aufgrund seiner Nazi-Vergangenheit mit Kriegsheldentum gebrochen hat und zu jenen wenigen Ländern zählt, die die Bezeichnung postheroisch verdienen. Die unter der rotgrünen Bundesregierung von 1998 bis 2005 errichtete „Landschaft der zivilen Konfliktbearbeitung“ mit ihren diversen Institutionen (Aktionsplan inklusive Ressortkreis und Beirat, Ziviler Friedensdienst, zif, zivik, FriEnt, Deutsche Stiftung Friedensforschung) ist einmalig. Deutschland hätte der erste Staat der Welt sein können, der diesen Ansatz konsequent praktiziert, es hätte sich weltweit als Friedensmacht profilieren können, und die mehrheitlich pazifistisch eingestellte Bevölkerung hätte begeistert zugestimmt.

Allerdings fehlte von Beginn an die politische Unterstützung durch die Regierung. Weder die rotgrüne noch die schwarz-rote noch die schwarzgelbe Regierung warben jemals lautstark für zivilen Ansatz, wiewohl ihnen der Wählerbeifall sicher gewesen wäre. Man hätte das Thema beim Kanzleramt ansiedeln und/oder in einem neu zu gründenden gewichtigen und ressortübergreifenden Bundesgremium unterbringen müssen, um seine Relevanz zu betonen. In den USA stellt eine wachsende Gruppe von inzwischen 70 Kongressabgeordneten seit 2001 alljährlich den Antrag, auf nationaler Ebene ein „Department of Peace“ einzurichten, das Gewalt bekämpfen und zivile Konfliktlösungen voranbringen soll. Hierzulande blieb der Ansatz bereits in seinen Anfängen stecken – jenseits öffentlicher Wahrnehmung. Es blieb eine Spielwiese für „kleine dumme Ökopaxe“. Die daran formal beteiligten, aber offenbar ziemlich desinteressierten Ministerien schauten auf die mit dem Thema Betrauten herunter und sparten hinter vorgehaltener Hand nicht mit Spott.

Manche erklären das mit dem „Sichtbarkeitsproblem“ der Krisenprävention. Dass mit bestimmten Maßnahmen ein Konflikt verhindert wurde, kann niemals sicher bewiesen werden. Es fehlen Fernsehbilder über eben jenen Konflikt, und ohne TV-Bilder kann heutzutage nur schwer politischer Handlungsbedarf konstruiert werden. Das ist sicherlich ein großes strukturelles Problem, aber nicht die einzige Erklärung. Hinzu kommt ein gewichtiges Gender-Problem: In den Augen vieler Männer ist allein Militär „wichtig“, es verleiht Macht, Potenz, Stärke und Ansehen. Besonders „wichtig“ sind Atomwaffen. Nato-Bürokraten und Journalisten denunzieren Abrüstungsbemühungen schnell als „nukleare Selbstentmannung“. Beamte, die zivile Konfliktbearbeitung fordern und fördern, erhalten kaum Anerkennung und gelten innerhalb ihrer Ministerien als „Weicheier“.

Dass das jedoch niemals öffentlich thematisiert wurde, liegt auch daran, dass die Gender-Expertise der eingerichteten Gremien der zivilen Konfliktbearbeitung gegen null ging. Das ist bis heute so geblieben, obwohl kein Krieg auf dieser Erde ohne vorherige Massenproduktion militarisierter Männlichkeit stattfinden kann.

In vielen Studien wurde inzwischen nachgewiesen, dass sich in Kriegen und Konflikten männliche Rollen auf eine einzige, sehr gefährliche verengen: die der bewaffneten, gewalttätigen Kriegsheroen. Das ist auch für Männer bedrohlich, weil ihre persönlichen Freiheiten und Handlungsspielräume extrem eingeengt werden. Dass inzwischen etliche Armeen auch weibliche Soldaten aufnehmen, ändert daran nichts. Soldatinnen bestätigen mehr oder weniger freiwillig den gewalttätigen Sexismus der Institution Militär – siehe Abu Ghreib. Wenn nur noch „Rambo“ zählt, werden Männer genauso zum Gewaltopfer wie Frauen. Hinzu kommt, dass bisher jede vorwiegend männliche Militär- oder auch Friedenstruppe Rotlichtmilieus und sexuelle Gewalt gefördert hat, ob in Kosovo, Bosnien, der Demokratischen Republik Kongo, Afghanistan und vielen weiteren Ländern.

Die Bundesregierung unterstützt zwar mit Lippenbekenntnissen die UN-Resolutionen 1325 und 1820, die die Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen von Friedensprozessen und die sofortige Beendigung sexueller Kriegsgewalt fordern, doch passiert ist hier noch nicht viel. Auch im Aktionsplan zur zivilen Konfliktbearbeitung wird Resolution 1325 erwähnt, ohne dass dies bisher nennenswerte Konsequenzen gehabt hätte.

Kaum besser sieht es in den militärnahen Gremien der EU aus. Dort herrsche ein „militärisch-intellektueller Komplex“, glaubt Pierre Conesa, ein früherer hoher Beamter beim französischen Verteidigungsministerium. Westliche Strategiedebatten würden von US-Experten dominiert, so Conesa weiter, Europa habe den 500 bis 1.500 militärischen US-Thinktanks und Denkfabriken nichts Adäquates entgegenzusetzen und plappere denen alles nach. Nach dem Fall der Mauer habe es auch die Produktion neuer Feindbildern mitgetragen und Bushs War on Terror gegen die „Achse des Bösen“ mitgemacht.

Wie kann man das Primat der militärischen Intervention brechen?

Indem man thematisiert, dass kein Rohstoffmangel in diesem Land so dramatisch ist wie der Mangel an politischem Willen. Der Aktionsplan zivile Konfliktbearbeitung ist fast tot, weil es so wenig Umsetzungswillige gab und gibt, und deshalb blieb dieser Ansatz bisher öffentlich unsichtbar. Als ich 2008 den Umsetzungsbericht der Regierung auswertete, war ich bundesweit die einzige Journalistin, die das tat. Gefragt, warum sie nicht mehr unternähmen, um das Interesse der

Medien zu wecken, taten die zuständigen Beamten so, als sei die Bundesregierung eine hilflose NGO ohne jede Einflussmöglichkeit. Es gab hier bislang keine Plakat- oder Medienkampagne, keine Pressekonferenz, keine Studien, keine wissenschaftliche Begleitung. Offiziell beteuert die Bundesregierung zwar, den Ansatz weiter zu verfolgen, doch schon im „Weißbuch“ galt er nur noch als kleiner „Baustein“ der Sicherheitspolitik. Der Rüstungsetat verschlang 2009 rund 31 Milliarden Euro, das war - trotz Etaterhöhung für die zivile Konfliktbearbeitung - immer noch 30-mal mehr als für die Krisenprävention. Dabei wissen Militärs am besten um die Begrenztheit bewaffneter Einsätze und fordern verstärkt zivile Maßnahmen. „Streitkräfte sind nicht geeignet, die Ursachen von Konflikten zu beseitigen“, sagt Generalmajor Manfred Engelhard stellvertretend für viele.

Wie kann die Infrastruktur der zivilen Konfliktbearbeitung verbessert und weiterentwickelt werden?

Ganz sicher nicht mit einer Fortsetzung oder gar Weiterentwicklung der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (CIMIC), die im Verdacht steht, dass sie historisch überflüssig gewordenen Militärkräften neue Legitimität verschaffen und der Aufstandsbekämpfung dienen soll. Der investigative Journalist Marc Thörner hat in einem Feature des Deutschlandfunk enthüllt, dass die Ursprünge von CIMIC im Algerienkrieg liegen. Um die dortige Aufstandsbewegung einzudämmen, habe der französische Marschall Lyautey den „zivilmilitärischen Aufbau“ erfunden. Regionen sollten mittels lokaler Machthaber und Warlords stabilisiert werden und sich sodann „wie Ölflecken“ ausbreiten. Heutige US-Militärs beriefen sich auf Lyautey oder auf Roger Trinquier, der in den 1950ern Sicherheitsoffizier in Algerien war und eine Blaupause für die Aufstandsbekämpfung mittels Stammesmilizen wie im heutigen Afghanistan ersann. Willige Bevölkerungsteile sollen danach mit Projekten belohnt und Rückzugsgebiete der Aufständischen zerstört werden. Auch der Bundeswehr-Offizier Marc Lindemann verlangt heute, Nation Building in Afghanistan einzustellen und mit „traditionellen“ Autoritäten zusammenzuarbeiten. Das bedeutet die Stärkung des autoritären Islamismus und ist das glatte Gegenteil der offiziellen Strategie der Demokratisierung.

Auch die in Afghanistan tätigen zivilen Hilfsorganisationen gehen hart ins Gericht mit dem Bundeswehr-Konzept der „vernetzter Sicherheit“. Welthungerhilfe, Caritas, Malteser, medico, medica mondiale und Misereor haben in gemeinsamen Stellungnahmen CIMIC scharf kritisiert: Sie gefährde die Arbeit und Sicherheit ihres Personals, weil unabhängige Hilfe unmöglich werde. Die Ärzte ohne Grenzen bekundeten, Soldaten vor ihren Kliniken seien kein Schutz, sondern erhöhten das Risiko bewaffneter Konflikte. Die Vermischung von Aufbauhilfe und Militäreinsatz sei ein „Sündenfall“, so der Generalsekretär der Welthungerhilfe, Wolfgang Jamann. Seine Organisation zog inzwischen aus Nordafghanistan ab.

Ähnlich sieht es auf EU-Ebene aus: Das falsche Prinzip zivilmilitärischer Zusammenarbeit soll nun auch dort ausgeweitet werden. Der neue Auswärtige Dienst der EU droht zum zivilmilitärischen Dienst mit starker militärischer Komponente zu werden.

Um auf die Frage zurückzukommen: Der Ansatz der zivilen Konfliktbearbeitung müsste überhaupt erstmal ressortübergreifend und breit verankert werden, damit die dafür Zuständigen auf vielen Ebenen Erfahrungen sammeln und ihn sukzessive verbessern können. Vorher lohnt es sich nicht wirklich, über Weiterentwicklungen zu reden.

Wie wäre die ressortübergreifende Zusammenarbeit zu stärken?

Sie müsste überhaupt erst installiert und funktionsfähig gemacht werden. Das ist nicht nur in Deutschland ein Problem. Eine hohe UN-Beamtin kritisierte vor kurzem, in kaum einem Land gebe es eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen Verteidigungs- und Frauenministerium.

Was den Ressortkreis des Aktionsplans anbelangt, so verschwand eine Untersuchung zur schlechten Zusammenarbeit (oder auch realen Inkohärenz) zwischen den beteiligten Ministerien in den Schubladen. Sie wurde nicht veröffentlicht, weil das Ergebnis so katastrophal ausfiel. Und die Arbeitsgruppe „Wirtschaft und zivile Krisenprävention“ stellte Ende 2007 ihre Arbeit ein, weil die Privatwirtschaft oft konfliktverschärfend wirkte, zum Beispiel beim Rüstungsexport oder bei der Ruinierung westafrikanischer Fischer durch EU-Fangflotten.

Der Kampf gegen militarisierte Männlichkeit und sexualisierter Kriegsgewalt würde einen strategisch ganz neuen Politikansatz fordern, ein kohärentes Gesamtkonzept von Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. In Südafrika, Simbabwe oder der Demokratischen Republik Kongo könnte Deutschland Männerinitiativen unterstützen, die gegen (sexuelle) Gewalt kämpfen, oder Männergruppen, in denen Täter sich bekennen und sich ändern wollen. In Kroatien unterstützt der Zivile Friedensdienst Kriegsveteranen, die den dort immer noch herumgeisternden Kriegsheldenmythos infrage stellen. In Afghanistan müssten internationale Organisationen oder Stiftungen bewaffneten Kämpfern einen lohnenden Ausstieg aus der militarisierten Männlichkeit anbieten. Oder auch Männer belohnen, die die Bildung und Ausbildung ihrer Frauen und Töchter zulassen. Hier gäbe es unendlich viele Möglichkeiten, wenn nur der politische Wille da wäre.

Wie könnte eine Neuauflage des Aktionsplans unter Einbeziehung von Frauengruppen aussehen?

Das Gender-Bewusstsein im Beirat und Ressortkreis des Aktionsplans ist nach wie vor ziemlich unterentwickelt. Als Frauensicherheitsrat fordern wir deshalb schon lange einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325, weil nur auf diese Weise die systematische

Einbeziehung der Zivilgesellschaft möglich ist. Der UN-Generalsekretär hat im Übrigen vor kurzem in einem Bericht höchst hilfreiche konkrete Indikatoren vorgestellt, mit denen die Umsetzung von 1325 gemessen werden kann.

In der EU sind verschiedene Gremien genderbewusster als in Deutschland, zumindest in der Theorie. Das EU-Parlament oder der EU-Rat haben einige gute Dokumente und Erklärungen verabschiedet, und die neue „Außenministerin“ Ashton hat öffentlich kundgetan, Gender-Themen würden im neu aufzubauenden Auswärtigen Dienst der EU berücksichtigt. In der Praxis sieht das allerdings auch nicht so toll aus: Bis heute gibt es keinen EU-weiten Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325.

In einer Studie für den Rat der EU hat Konfliktforscherin Johanna Valenius untersucht, ob die militärischen und zivilen EU-Missionen in Bosnien seit 1995 geschlechtersensibel vorgegangen seien. Ihr Ergebnis war vernichtend: Die „Internationalen“ hätten Sexindustrie zum Blühen gebracht; es seien kaum weibliche Militärs oder Polizisten als neue Rollenmodelle eingesetzt worden; viele Frauenorganisationen hätten das meist männliche EU-Personals als „arrogant“ und „kolonial“ empfunden. Und als kosovarische Frauenorganisationen forderten, Frauen müssten bei den Statusverhandlungen des Kosovo gleichberechtigt beteiligt sein, sprang ihnen kaum ein EU-Offizieller jemand zu Hilfe.